

Inhaltsverzeichnis

2-4 DSW-Mitteilungen

- 2 Abgeltungssteuer: Countdown für Altverluste läuft
- 2 *Experten-Tipp*: Höhere Werbungskosten in Ausnahmen abzugsfähig
- 3 DAX-Prognoseberichte: Qualität lässt weiterhin zu wünschen übrig
- 4 HV für die Historie: Eine wie keine!

5 Veranstaltungen – September 2013

5 Impressum

6-7 Aktivitäten der Landesverbände

- 6 Was tun als Anleihegläubiger?
- 6 Verrechnung von Verlusten aus Kapitalvermögen mit positiven Erträgen?
- 7 Rede auf der Hauptversammlung der Sixt AG
- 7 Rede auf der Hauptversammlung der Süss MicroTec AG
- 7 Rede auf der Hauptversammlung der VIB AG
- 7 Rede auf der Hauptversammlung der Surteco SE

8 Konjunkturmonitor

Zuversicht nimmt zu

9 Börsenmonitor

Es geht wieder bergauf

10 Mitgliedsantrag

Katastrophale Kommunikation



Liebe Leserin, lieber Leser,

die Siemens AG hat einen neuen Vorstandsvorsitzenden. Seit dem 1. August führt Joe Kaeser, vorher Finanzvorstand, Deutschlands größten Elektronikkonzern. Peter Löscher trat ab, wie es vielleicht unwürdiger nicht hätte ausfallen können.

Schon fünf Tage vor der eigentlichen Entscheidung in der Aufsichtsratsitzung war bekannt geworden, dass eine Ablösung Löschers bevorstehe. So war der bisherige Siemens-Chef arg unter Druck geraten, nachdem er zuvor innerhalb weniger Monate eine zweite Gewinnwarnung ausgegeben hatte und insbesondere die Renditeziele für das Jahr 2014 kassieren musste. Mit der Entscheidung für Joe Kaeser, die dem Vernehmen nach im Aufsichtsrat einstimmig erfolgte, sollte nun wieder Ruhe in dem Münchner Großkonzern einkehren. Das ist auch dringend notwendig, muss sich die Siemens AG doch international nicht nur einem harten Wettbewerb, sondern auch neuen Mitstreitern stellen. Die verordnete, hoffentlich bald auch gelebte Ruhe und damit zugleich die Konzentration auf das operative Geschäft dürfen aber nicht vergessen lassen, was alles rund um die Ablösung von Peter Löscher an Intrigen und Eitelkeiten gespielt wurde. Auch darf nicht ausgeblendet werden, welche Rolle der Aufsichtsrat und vor allem der Präsidialausschuss hier gespielt haben, wobei insbesondere die Kommunikation einzelner Aufsichtsratsmitglieder zu beleuchten sein wird. Die Bühne für diese Diskussion ist und bleibt die Hauptversammlung, in der die Eigentümer über ihr Recht, Fragen sowie Anträge zu stellen und darüber abzustimmen, die Weichen auch im Aufsichtsrat für eine gedeihliche Zukunft stellen können. Die Aktionäre müssen hier die Verantwortung übernehmen und die ihnen zur Verfügung stehenden Mittel nutzen. Die Hauptversammlung im Januar 2014 wird dafür der richtige Zeitpunkt sein. Sollte der Aufsichtsrat und einzelne Mitglieder zuvor Konsequenzen aus dem unwürdigen Schauspiel ziehen wollen, so werden die Aktionäre dies selbstverständlich respektieren. Eine öffentliche Schlammschlacht, wie wir sie zuletzt gesehen haben, darf es aber nicht nochmals geben. Das würde selbst der „Tanker“ Siemens nicht verkraften.

Ihr Marc Tüngler

Abgeltungssteuer: Countdown für Altverluste läuft

Der Sommer hält Deutschland in Atem, die Ferienzeit steht bevor – da denkt kaum ein Anleger daran, dass das Jahr bereits in knapp vier Monaten zu Ende geht und es langsam Zeit wird, sich mit den stets wiederkehrenden Steuerthemen zu befassen. In diesem Jahr ist das besonders brisant, denn der Countdown für die Verrechnung von alten Verlusten aus Wertpapiergeschäften mit neuen Gewinnen hat begonnen.

„Nur noch bis Ende 2013 können Spekulationsverluste nach altem Recht mit neuen Wertpapiergewinnen verrechnet werden“, erläutert Ellen Ashauer-Moll, Steuerberaterin und Partnerin bei der Kanzlei Rödl & Partner in Regensburg. Interessant ist dieses Ende der Übergangsfrist für Altverluste aus Wertpapiergeschäften, die im wesentlichen vor 2009 (und auch noch in 2009 nach altem Recht) und damit vor Einführung der Abgeltungssteuer entstanden sind. „Wenn man bedenkt, dass 2008 die Finanzkrise ausgebrochen ist und die Kurse ganz vieler Wertpapiere massiv eingebrochen sind, dürften solche alten Verluste noch in vielen Privatanlegerdepots schlummern“, erläutert Christiane Hölz, DSW-Landesgeschäftsführerin NRW.

Wichtig hierbei: Diese Regelung betrifft nur Verluste, die durch Kauf und Verkauf von Wertpapieren innerhalb der damals gültigen Spekulationsfrist von 12 Monaten entstanden sind. Wer beispielsweise im Frühjahr 2008 Aktien einer Bank gekauft hatte und diese im November 2008 – also nach der

Pleite von Lehman Brothers und dem darauffolgenden Kursrutsch – wieder mit Verlust verkaufte, der kann dieses Minus steuerlich aufrechnen lassen.

Nicht unter diese Regelung fallen dagegen die Verluste, die nach neuem Recht ab 2009 entstanden sind oder nach Ablauf der Spekulationsfrist. Außerdem akzeptiert der Fiskus die Verluste nur dann, wenn sie für das Jahr der Entstehung bereits gesondert mit einer Steuererklärung geltend gemacht wurden.

Keine Angst: Verluste aus Wertpapiergeschäften, die in diesem Jahr nicht verrechnet werden können, verfallen nicht etwa. „Die Verrechnung von Alt-Verlusten aus Wertpapiergeschäften ist auch weiterhin möglich. Allerdings können ab 2014 solche Verluste nur noch mit Gewinnen aus Spekulationsgeschäften wie zum Beispiel dem Verkauf von Edelmetallen verrechnet werden“, so Hölz.

Ein zusätzlicher Tipp von Steuerrechtsexpertin Ashauer-Moll: „Es gibt noch eine Stolperfalle: Hat der Anleger in einem ersten Schritt in 2013 Gewinne in seinem Depot erzielt, so muss er diese Gewinne „absichern“. Erleidet der Anleger in 2013 nämlich Verluste nach neuem Recht, so muss die Bank diese neuen Verluste zunächst mit laufenden Erträgen, dann aber auch mit den Gewinnen verrechnen. Gegebenenfalls zehren diese neuen Verluste die mühsam erzielten Gewinne ganz oder teilweise auf. Daher mag es zum Beispiel steuerlich sinnvoll sein, Verlustpapiere erst in 2014 zu veräußern – dies ist jedoch ein wirtschaftliches Risiko, das gut abzuwägen ist.“

Experten-Tipp von Jella Benner-Heinacher

Rechtsanwältin und stellvertretende DSW-Hauptgeschäftsführerin

Höhere Werbungskosten in Ausnahmen abzugsfähig

Frage: Ich habe ein steuerliches Problem mit meiner Kapitalanlage. Im Rahmen meiner letzten Einkommensteuererklärung habe ich festgestellt, dass meine tatsächlich angefallenen Werbungskosten, die im Zusammenhang mit meinen Kapitalanlagen entstanden sind, über dem Sparerfreibetrag von 801 Euro für mich beziehungsweise 1602 Euro für mich und meinen Ehemann liegen. Meine Frage ist nun, kann ich die den Sparerfreibetrag übersteigenden Werbungskosten bei Einkünften aus Kapitalanlagen geltend machen? Gibt es hierzu bereits steuerrechtliche Entscheidungen? Und wie könnte ich mich gegebenenfalls auf diese in meiner Einkommensteuererklärung berufen?

Antwort: Seit dem Jahr 2009 gilt für private Einkünfte aus Kapitalanlagen grundsätzlich die Abgeltungssteuer. Das heißt, von den

Kapitalerträgen können Sie nur noch den Sparer-Pauschbetrag von 801 Euro beziehungsweise 1602 Euro bei zusammenveranlagten Ehegatten abziehen. Allerdings gibt es eine Entscheidung des Finanzgerichts Baden-Württemberg, wonach die den Pauschbetrag übersteigenden tatsächlichen Werbungskosten bei den Einkünften jedenfalls dann zu berücksichtigen sind, wenn Ihr persönlicher Steuersatz unter dem Abgeltungssteuersatz von 25 Prozent liegt. Da ich Ihren persönlichen Steuersatz nicht kenne, würde ich Ihnen empfehlen mit Ihrem Steuerberater zu erörtern, inwieweit es in Ihrem Fall Sinn macht, sich auf dieses Verfahren zu berufen. Das



Verfahren befindet sich aktuell immer noch in der Revision beim Bundesfinanzhof (BFH). Sie sollten also gemeinsam mit Ihrem Steuerberater überlegen, ob Sie nicht gegen den ergehenden Steuerbescheid Einspruch einlegen, und dabei gleichzeitig um das Ruhen des Verfahrens bitten – und zwar unter Verweis auf das Revisionsverfahren beim BFH (AZ: BFH-VIII/13/13/Vorinstanz FG BW 9K1637/10).

DAX-Prognoseberichte: Qualität lässt weiterhin zu wünschen übrig

Der Blick in die Prognoseberichte der DAX-Unternehmen zeigt immer noch zu oft Ratlosigkeit und einen Hang zur Vernebelung. Nicht einmal ein Viertel der AGs erreicht überdurchschnittliche Transparenzwerte.

Jedes Jahr veröffentlichen deutsche Aktiengesellschaften Geschäftsberichte, die gerade bei den 30 im DAX gelisteten Unternehmen in der Regel deutlich über 100 Seiten dick sind. Äußerst schmallippig zeigen etliche Firmen sich dagegen, wenn es um Prognosen zum erwarteten Geschäftsverlauf geht. Dabei gehört dieser Blick in die Zukunft zwingend in jeden Geschäftsbericht. Für Anleger ist die weit verbreitete Zurückhaltung der AGs alles andere als erfreulich. Schließlich sind Prognoseaussagen eine wichtige Hilfe bei Investitionsentscheidungen.

Die DSW hat gemeinsam mit der Beratungsgesellschaft Kirchhoff Consult die Probe aufs Exempel gemacht und die Prognoseberichte der DAX-30-Unternehmen genau unter die Lupe genommen. Ziel war es, herauszufiltern, wie transparent, verständlich und vor allem wie genau und aussagekräftig die Erwartungen der Aktiengesellschaften im Einzelnen sind. „Sonderlich gut sind die Ergebnisse der Studie, die wir jetzt zum dritten Mal vorlegen, leider wieder nicht. Obwohl sich eine Besserung im Vergleich zum Vorjahr zeigt, sind die Prognosen oft nur von mäßiger Aussagekraft“, stellt Ulrich Hocker, Präsident der DSW, fest. Und dabei verlangen nicht einmal die Anlegerschützer von den Konzernen, Gewinn und Dividende auf Euro und Cent genau vorherzusagen. Vielmehr geht es darum, Entwicklungen möglichst ziel-

sicher zu prognostizieren, Markttrends zu erkennen und die daraus resultierenden Auswirkungen auf das eigene Unternehmen zu antizipieren. „Das sollte ein Management, das sich in den Märkten auskennt, in denen es sich bewegt, eigentlich hinbekommen“, meint Hocker.

Aber offensichtlich stellt das einige Gesellschaften immer noch vor eine schier unlösbare Aufgabe. Eine Änderung der Regeln zur Konzernlageberichterstattung spielt diesen Prognosemuffeln sogar noch in die Hände. Bisher musste innerhalb eines Zeitfensters von mindestens zwei Jahren Trends, Markteinbettung und wesentliche interne und externe Einflüsse, wie zum Beispiel Investitionsabsichten, zu einer Gesamtprognose der Unternehmensentwicklung zusammengeführt werden. Jetzt reicht ein Jahr aus. „Aus Sicht der Anleger ist das keine gute Entwicklung. Eins sei allerdings deutlich betont: Diese Änderung definiert lediglich einen Mindeststandard. Sie hindert die Unternehmen in keiner Weise daran, Prognosen über längere Zeiträume als ein Jahr abzugeben. Einige Gesellschaften, die mit dem entsprechenden Selbstbewusstsein agieren, gehen erfreulicherweise so weit, bis zu fünf Jahre in die Zukunft zu blicken“, erklärt Hocker. Es ist also durchaus möglich, zu detaillierten Aussagen über die weitere Fortschreibung des Geschäftsverlaufes zu kommen. Voraussetzung ist allerdings der Einsatz ausgefeilter Rechnungs- und Bilanzsysteme, ein modernes Controlling und Risikomanagement sowie umfangreiche Gesamtmarktprognosen. Für Anleger stellt sich da durchaus die Frage, ob sie ihr Geld in Aktiengesellschaften investieren wollen, die nicht über diese Instrumente verfügen und bei der Geschäftsentwicklung offenbar vor allem „auf Sicht“ fahren.

Insgesamt erfüllten nur sieben Unternehmen die der Untersuchung zugrunde liegenden Kriterien so gut, dass sie in der Kategorie „hohe Transparenz“ einsortiert werden konnten. In der letzten Untersuchung hatten das sogar nur sechs AGs geschafft. Besonders hervorzuheben sind dabei Fresenius und das neue DAX-Mitglied Continental. Beide Gesellschaften heben sich durch eine besonders transparente und verständliche Darstellung ab. Sechs der DAX-Werte landeten in der Rubrik „unterdurchschnittlich“, weil sie entweder gar keinen oder nur einen ungenauen Ausblick auf die Geschäftszahlen gaben.

Dass Masse nicht gleich Klasse ist, zeigt beispielsweise die Commerzbank, die trotz eines 13-seitigen Ausblicks in der Kategorie „niedrige Transparenz“ landete. Der kürzeste Ausblick kam wie im Vorjahr von der Beiersdorf AG. Er umfasst nur eine Seite und enthält weder eine konkrete Ergebnis- noch eine Umsatzprognose. Auch Angaben zur künftigen Finanzlage sind darin nicht zu finden.



HV für die Historie: Eine wie keine!

Thomas Hechtfischer kann die Hauptversammlungen (HV), die er in seiner Karriere bereits besucht hat, schon fast nicht mehr zählen. In der HV-Saison ist der Geschäftsführer der DSW fast täglich auf einem Aktionärstreffen zu finden. Angesichts dieser Erfahrung gibt es nicht mehr viel, was den Anlegerschützer wirklich überraschen kann. Doch das, was sich in diesem Jahr auf der außerordentlichen Hauptversammlung des westfälischen Kunststoffspezialisten Balda abgespielt hat, sorgt sogar bei Routinier Hechtfischer für ungläubiges Staunen: „So eine Veranstaltung habe ich tatsächlich noch nicht erlebt!“

Das Aktionärstreffen geriet zum vorläufigen Höhepunkt eines Machtkampfes zwischen dem Anteilseigner Elector, hinter dem sich vor allem Aktionär Thomas van Aubel verbirgt, und dem Management beziehungsweise den restlichen Aktionären. Elector kontrolliert 30 Prozent der Anteile an dem erfolgreichen Hersteller von Hartschalen für Handys, Elektronik und Medizingeräte. Mit Hilfe dieses Paketes plante der Großaktionär, drei Aufsichtsräte per HV-Beschluss abzusetzen und anschließend Vertreter aus dem eigenen Lager in dem Kontrollgremium des Unternehmens zu platzieren. Doch zur Abstimmung kam es erst gar nicht: Bereits kurz nach der Eröffnung erklärte Versammlungsleiter und Balda-Aufsichtsratschef Michael Naschke: „Die Hauptversammlung kann keine Beschlüsse fassen.“ Als Grund nannte er einen „grobe und unabänderlichen Fehler von Elector“, der zur Folge gehabt habe, dass die Aktionäre sich nicht ordnungsgemäß für die Hauptversammlung registrieren konnten. Auf der Website des Unternehmens wurde flugs eine Pressemeldung publiziert, laut der gleich drei Rechtsgutachten diesen Fehler bestätigten. Die Hauptversammlung wurde anschließend ohne Beschlussmöglichkeit fortgesetzt. In den Wortmeldungen zeigte sich deutlich der Graben zwischen Elector und den anderen Aktionären sowie dem Management. Seit Monaten wird befürchtet, dass Elector die Gesellschaft übernehmen und anschließend zum Solaranbieter umbauen möchte. Der streitbare Großaktionär wurde insbesondere auch deshalb angegriffen, weil er beim inzwischen insolventen Solarunternehmen Q-Cells eine wichtige Rolle gespielt haben soll und darüber bisher schweigt. Zudem ist die Firmenkasse von Balda höchst attraktiv: Hier schlummern mögliche Investitionsgelder in Höhe von rund 270 Millionen Euro. Die Machtprobe ist übrigens keinesfalls abschließend entschieden, sondern nur aufgeschoben: Elector hat inzwischen eine weitere außerordentliche HV für den 4. beziehungsweise 5. September einberufen. Für Thomas Hechtfischer eine zutiefst unbefriedigende Situation. Auf Seiten der DSW macht man sich für einen Kompromiss stark: „Alle Beteiligten sollten gemeinsam im Sinne des Unternehmens nach schnellen Lösungen suchen, damit sich Balda wieder auf sein erfolgreiches Geschäft konzentrieren kann.“



Wir halten Kurs.

Zwischenbericht zum 30. Juni 2013*

	2. Quartal 2013 in Mio. €	1. Halbjahr 2013 in Mio. €	1. Halbjahr 2012 in Mio. €
Auftrags- eingang	582	1.169	1.140
Umsatzerlöse	564	1.078	1.095
Operatives Ergebnis (EBIT)	46,1	82,1	85,5
Ergebnis nach Steuern	27,4	49,3	54,1
Ergebnis je Vorzugsaktie	€ 0,81	€ 1,48	€ 1,60

* Der vollständige Bericht ist im Internet verfügbar.

Jungheinrich Aktiengesellschaft

Am Stadtrand 35
22047 Hamburg
info@jungheinrich.de
www.jungheinrich.de

JUNGHEINRICH
Machines. Ideas. Solutions.

Veranstaltungen – September 2013



Im Rahmen unserer **kostenfreien und für jedermann zugänglichen** Aktien- und Anlegerforen präsentieren sich deutsche und internationale Publikumsgesellschaften. So können sich auch Privatanleger aus Quellen informieren, die sonst nur institutionellen Investoren und Analysten eröffnet sind — so zum Beispiel der unmittelbaren Diskussion mit dem Management. Alle Aktienforen beginnen jeweils um 18:30 Uhr und enden um circa 21 Uhr.

Derzeit sind Veranstaltungen in folgenden Städten geplant:

Datum	Ort
17. September 2013	Hannover
23. September 2013	Düsseldorf
30. September 2013	Essen
30. September 2013	Köln

Die Teilnahme an den Aktienforen ist kostenlos.

➤ Veranstaltungsübersicht

Anmeldungen für alle Aktienforen bitte an:
 Ute.KnepperStamatiadis@dsw-info.de

Impressum

DSW – Deutsche Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz e.V.

Peter-Müller-Str. 14 40468 Düsseldorf
 Tel.: 0211-6697-02 Fax: 0211-6697-60
 E-Mail: dsw@dsw-info.de www.dsw-info.de

GESCHÄFTSFÜHRUNG:

Marc Tüngler (Hauptgeschäftsführer), Jella Benner-Heinacher (stv. Hauptgeschäftsführerin), Thomas Hechtfischer (Geschäftsführer)

Vereinsregister, Registergericht Düsseldorf - Registernummer VR 3994

REDAKTION:

Christiane Hölz (DSW e. V.)
 Franz von den Driesch (newskontor GmbH)

Alle im DSW-Newsletter publizierten Informationen werden von der Redaktion gewissenhaft recherchiert. Für die Richtigkeit sowie für die Vollständigkeit kann die Redaktion dennoch keine Gewähr übernehmen.

WERBUNG:

DSW Service GmbH - Peter-Müller-Str. 14 - 40468 Düsseldorf

GESCHÄFTSFÜHRUNG:

Thomas Hechtfischer, Marc Tüngler

ANSPRECHPARTNER:

Melanie Stücker, (0211) 66 97-11; melanie.stuecker@dsw-info.de
 Handelsregister, Amtsgericht Düsseldorf unter HR B 880
 Steuer-Nr. 105/5809/0389; USt-ID-Nr. 119360964

TECHNISCHE UMSETZUNG:

Zellwerk GmbH & Co. KG

BILDNACHWEIS:

Seite 1 und 2: Matthias Sandmann; Seite 3: © kupa - Fotolia.com;
 Seite 5: © gena96 - Fotolia.com; Seite 6: © zitze - Fotolia.com; Seite 7: © liveostockimages - Fotolia.com; Seite 1-7: © H-J Paulsen - Fotolia.com ; Seite 8: © EvrenKalinbacak - Fotolia.com; Seite 9: © Petrus Bodenstaff - Fotolia.com

Was tun als Anleihegläubiger?

Anlegerfrage an DSW-Landesgeschäftsführer

Malte Diesselhorst:

Ich bin Anleihegläubiger bei Solarworld. Nun lese ich in der Presse, dass die Sanierung – wie zum Beispiel auch beim Unternehmen IVG – an unterschiedlichen Interessen von Gläubigergruppen und Aktionären scheitern könnte. Wie soll ich mich verhalten?

Antwort: Mit Solarworld und IVG bemühen sich derzeit zwei börsennotierte Unternehmen um eine Sanierung. Und beide müssen neben Banken, Lieferanten und anderen Gläubigern auch die Zeichner ihrer Anleihen für den Sanierungsplan gewinnen. Die Rettungsmaßnahmen stehen unter erheblichem Zeitdruck, ein Scheitern würde unweigerlich zur Insolvenz führen. Und in der Insolvenz gehen Aktionäre voraussichtlich leer aus, Anleihegläubiger erhalten möglicherweise eine Quote, die aber gering ausfällt, oft unter 10 Prozent, und erst nach Jahren ausbezahlt wird.

Notwendig zur Durchführung der Sanierung ist in beiden Fällen wahrscheinlich ein Teilverzicht der Gläubiger, zumindest aber eine Veränderung der Laufzeit und der Verzinsung der Anleihen oder möglicherweise die für Gläubiger wenig attraktive Umwandlung der Anleihe in Aktien. Im Vergleich zum Ergebnis einer Insolvenz könnten solche Einschnitte allerdings immer noch die bessere Alternative sein. Veränderungen der Anleihebedingungen sind aber nur möglich, wenn die Anleihegläubiger zustimmen. Dazu muss eine Gläubigerversammlung einberufen werden, auf der über die Maßnahmen abgestimmt und ein Vertreter der Gläubiger der jeweiligen Anleihe gewählt wird. Die Gläubigerversammlung kann Mehrheitsentscheidungen fällen, wer nicht vertreten ist, wirkt an der Entscheidung nicht mit,

muss sie aber gegen sich gelten lassen. Da institutionelle Anleger wie Fonds oder Banken ihre Interessen aktiv wahrnehmen, kommt es für das Ergebnis sehr stark darauf an, dass auch private Anleihegläubiger die Sache nicht einfach laufen lassen.

Wenn Sie nicht selbst an der Gläubigerversammlung teilnehmen können, ist es sinnvoll, eine Vollmacht zu erteilen, damit Ihre Stimme in der Versammlung nicht untergeht. Natürlich werden entscheidende Fragen nicht erst in der Gläubigerversammlung, sondern im Vorfeld verhandelt und geklärt, und für private Anleihegläubiger entsteht dann der Eindruck, ohnehin keinen Einfluss auf die Entwicklung nehmen zu können. Tatsächlich kann aber die Bündelung der Interessen vieler Anleihezeichner auch im Vorfeld der Gläubigerversammlung bereits etwas bewirken. Betroffene können sich dazu an spezialisierte Anwälte wenden. Rat erteilt auch die Deutsche Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz (www.dsw-info.de).

Für etwaige Rückfragen steht Ihnen Herr Rechtsanwalt Dr. Malte Diesselhorst zur Verfügung. Dr. Diesselhorst ist Landesgeschäftsführer der DSW in Berlin.

Kanzlei Beckmann- Diesselhorst
 Tel.: (030) 88713-0
www.das-recht.com

Verrechnung von Verlusten aus Kapitalvermögen mit positiven Erträgen?

Häufig ist es so, dass Anleger beispielsweise bei Erwerb von Aktien oder Aktienverkäufen Gewinne oder Verluste erzielen. Es stellt sich daher die Frage, wie die Gewinne mit den Verlusten verrechnet werden können, mit der Folge, dass die Kapitalertragsteuer nicht auf den vollen Gewinn geschuldet ist.

Grundsätzlich hat jeder Anleger bei seiner Bank einen Verrechnungstopf. Hier werden die Gewinne und die Verluste nachgehalten. Positive Kapitalerträge werden mit negativen Kapitalerträgen ausgeglichen. Der Ausgleich hat im Kalenderjahr zu erfolgen.

Wenn Verluste nicht vorhanden sind, aber Kapitalerträge anfallen, so werden diese automatisch der Kapitalertragsteuer unterworfen, die Bank führt die Kapitalertragsteuer ab. Wenn der Fall eintritt, dass ein Verlust zeitlich nach dem Ertrag, der bereits besteuert ist, realisiert wird, kann den Steuerpflichtigen unter Umständen bereits einbehaltene Kapitalertragsteuer erstattet werden.

Für Aktienverkäufe gilt eine Besonderheit: Verluste aus Aktienverkäufen dürfen nur mit Gewinnen aus Aktienverkäufen ver-



rechnet werden. Ist folglich innerhalb eines Kalenderjahres ein allgemeiner Verlust (mit anderen Kapitalanlagen als Aktien) als auch ein Aktienverlust entstanden, müssen die Aktiengewinne mit den Aktienverlusten verrechnet werden. Wenn der Anleger jedoch mehrere Konten bei verschiedenen Banken hat, verläuft die Verlustverrechnung nicht so einfach. Dann empfiehlt es sich, dass sich der Gläubiger (Anleger) der Kapitalerträge bis zum 15. Dezember des Jahres (dieses ist eine Ausschlussfrist) eine Verlustbescheinigung der Bank für nicht ausgeglichene Verluste erteilen lässt.

Für etwaige Rückfragen steht Ihnen
 Frau Rechtsanwältin Kerstin Bontschev zur Verfügung.
 Frau Bontschev ist Sprecherin der DSW im Landesverband Berlin.

Anwaltskanzlei BONTSCHEV
 Tel: (0351) 21520250
 www.bontschev.de

Dr. Günther Hausmann: Rede auf der Hauptversammlung der Sixt AG

Während die Umsätze 2012 noch einmal leicht zulegen konnten, ist der Vorsteuergewinn erwartungsgemäß um knapp 15 Prozent zurückgegangen. Der Gewinn pro Stammaktie sank von 1,99 Euro auf 1,64 Euro. Dies ist insofern etwas verwunderlich, da die lukrativen Vermietungserlöse überproportional gestiegen sind, während das Leasinggeschäft leicht rückläufig war – im Leasing hat man mit 4,3 Prozent die strategisch angepeilte Umsatzrendite von 5 Prozent verfehlt, im Vermietungsgeschäft wurden erfreuliche 10,2 Prozent erreicht.

Die gesamte Rede von Herrn Hausmann finden Sie [hier](#).

Dr. Günther Hausmann: Rede auf der Hauptversammlung der Süss MicroTec AG

Nach dem sehr guten Jahr 2011 hatte sich ja bereits in der letztjährigen Hauptversammlung angedeutet, dass im Geschäftsjahr 2012 eine Abschwächung des Geschäftsverlaufes erwartet wird, die entsprechend der jetzt vorliegenden Zahlen auch eingetreten ist. Beim Kerngeschäft, den Maschinen, war der Umsatz um 10 Prozent rückläufig und der bereinigte Ertrag ist sogar um 50 Prozent eingebrochen – ein Trend, der sich leider auch im ersten Quartal 2013 fortgesetzt hat.

Was ich mit Blick auf die Ertragslage nicht nachvollziehen kann, ist die Entwicklung bei den Substrat Bondern: Sie berichten auf Seite 43 des Geschäftsberichts von sehr positiven

Auftragseingängen und Umsätzen in diesem Bereich, das Segmentergebnis fiel mit minus 12 Millionen EUR gleichwohl noch mal schlechter aus als 2011 und erreicht damit mehr als 50 Prozent der Umsatzerlöse. Wie ist so etwas überhaupt möglich und was erhoffen Sie sich von diesem stark defizitären Geschäftsbereich?

Die gesamte Rede von Herrn Hausmann finden Sie [hier](#).

Dr. Günther Hausmann: Rede auf der Hauptversammlung der VIB AG

Die VIB AG hat 2012 ihr Immobilienportefeuille mit einem Reordinationsvolumen von 92 Millionen Euro weiter ausgebaut und nicht zuletzt aufgrund der neuen Objekte Umsatz und insbesondere den Ertrag deutlich gesteigert. Das EBIT vor Wertänderungen, das die Ertragskraft am besten widerspiegelt, konnte um 5,2 Millionen Euro oder gut 13 Prozent auf 43,8 Millionen Euro gesteigert werden. Die Gesellschaft verfügt nun über einen ausgewogenen Immobilienbestand von 96 Objekten mit einem Marktwert von 750 Millionen Euro und jährlichen Mieteinnahmen von circa 57 Millionen Euro.

Die gesamte Rede von Herrn Hausmann finden Sie [hier](#).

Dr. Günther Hausmann: Rede auf der Hauptversammlung der Surteco SE

Während der Umsatz im vergangenen Geschäftsjahr noch gehalten werden konnte, hat sich die Ertragslage gemessen am EBIT nach dem Rückgang 2011 noch einmal um circa 5 Millionen Euro verschlechtert – die EBIT-Marge, die im Rekordjahr 2007 noch bei über 13 Prozent lag, ist kontinuierlich auf dem Weg nach unten und betrug 2012 nur noch 7,3 Prozent – im gleichen Zuge ging die Dividende von 1,10 Euro auf 0,45 Euro zurück und die Frage ist daher, was die Ursache für diesen erodierenden Ertrag ist beziehungsweise was die Geschäftsleitung zu tun gedenkt, um wieder bessere Margen zu erwirtschaften.

Zwar ist der Konzerngewinn (nach Steuern) um 2,5 Millionen EUR oder 20 Prozent angestiegen – dies allerdings nur weil man 2011 noch 3,5 Millionen aFa Pfeleiderer verkraften musste und weil durch Sondersituationen 4 Millionen EUR mehr Ertragssteuern bezahlt werden mussten, das heißt Entlastungen von gut 7 Millionen EUR im außerordentlichen Bereich führten unterm Strich nur zu einer Ergebnisverbesserung um 2,5 Millionen EUR.

Die gesamte Rede von Herrn Hausmann finden Sie [hier](#).



Zuversicht nimmt zu

Die jüngsten Konjunkturdaten diesseits und jenseits des Atlantiks signalisieren, dass die Wirtschaft an Dynamik gewinnen könnte, wenngleich nicht alle Indikatoren überzeugen. Bauchschmerzen bereitet hingegen nach wie vor die Entwicklung in China. Für Entspannung könnten allerdings nun die angekündigten Konjunkturspritzen aus Peking sorgen.

Gute Nachrichten aus dem Euroraum: Sowohl der Einkaufsmanagerindex für das Verarbeitende Gewerbe als auch das Pendant für den Dienstleistungssektor legten im Juli kräftig zu, wobei das Stimmungsbarometer für die Industrie so kräftig anstieg, dass erstmals seit zwei Jahren die Expansionschwelle von 50 Punkten übersprungen werden konnte. Der Index für den Dienstleistungssektor blieb zwar mit einem Plus von 1,3 Zählern auf 49,6 Punkten immer noch unter der magischen Marke, die ein Wachstum in diesem Sektor signalisiert; jedoch über dem Bereich, in dem in früheren Zyklen eine Rezession folgte. „Die Rezession im Euroraum scheint nach zwei Jahren zu Ende zu gehen“, schrieben daraufhin die Experten der Commerzbank.

Ifo-Index legt erneut zu

Nicht nur die Einkaufsmanagerindizes überzeugen. Auch das Wirtschaftsvertrauen im Euroraum nimmt zu. Der entsprechende Indikator der EU-Kommission hat sich im Juli zum dritten Mal in Folge verbessert – und zwar von 91,3 auf 92,5 Punkte. Der Ifo-Geschäftsklimaindex stieg im Juli ebenfalls zum dritten Mal in Serie, wenngleich der Anstieg um 0,3 auf 106,2 Punkte recht überschaubar ausfiel.

Euro-Staatsschuldenkrise schwebt weiterhin über den Märkten

Dass die Wirtschaft der Eurozone im dritten Quartal kräftig wachsen wird, ist aber eher unwahrscheinlich. Zu sehr belasten die angekündigten und bereits auf den Weg gebrachten Reformen und Sparbemühungen der Euro-Randstaaten wohl das Wachstum.

Auf welch wackligen Beinen die Konjunktur in der Eurozone steht, zeigt auch die Kreditaufnahme von Unternehmen und Verbrauchern, die Juni gegenüber dem Vorjahr geschrumpft ist – trotz der Leitzinssenkung im Mai.

US-Wirtschaft auf Erholungskurs

Auch die Vereinigten Staaten haben nach wie vor mit den Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise zu kämpfen. So sind die für den US-Markt so wichtigen Einzelhandelsumsätze im Juni gegenüber dem Vormonat nur um 0,4 Prozent gestiegen, während der Markt vorab von einem Anstieg um 0,8 Prozent ausgegangen war. Summa summarum nährt das Gros der jüngst veröffentlichten Konjunkturindikatoren jedoch die Hoffnung, dass der US-Wirtschaftsmotor langsam aber sicher seine Drehzahl erhöhen könnte. So fielen etwa die Auftragseingänge für langlebige Güter im Juni mit einem Anstieg um 4,2 Prozent deutlich höher aus, als vorab erwartet worden war. Auch der wichtige ISM-Einkaufsmanagerindex für das Verarbeitende Gewerbe konnte die zuvor gehegten Hoffnungen übertreffen: Im Juli kletterte der Index von 50,9 auf 55,4 Punkte, während die Markterwartungen bei 52,0 Zählern lagen.

Peking lenkt ein

Die Hiobsbotschaften aus China reißen hingegen nicht ab. Nachdem in jüngster Vergangenheit das schwächelnde Wachstum, die schrumpfenden Exporte und die Liquiditätsklemme unter den Banken für Unruhe sorgten, enttäuschte auch die erste Schätzung des Einkaufsmanagerindex der HSBC Bank. Demnach sank das Barometer im Juli um 0,5 auf 47,7 Punkte. Mut macht hingegen, dass die Regierung in Peking nun einige Konjunktur unterstützende Maßnahmen ankündigte. So soll etwa der Ausbau der chinesischen Eisenbahn vorangetrieben und kleinere Unternehmen von der Mehrwert- und Umsatzsteuer befreit werden. Darüber hinaus sollen unter anderem die Gebühren für Rohstoffexporte gesenkt werden. Mit diesen Maßnahmen soll zumindest erreicht werden, dass das Wirtschaftswachstum 2013 nicht unter die 7-Prozent-Marke rutscht.



Es geht wieder bergauf

Der Abwärtstrend an den Börsen scheint überwunden. Fast überall auf der Welt verzeichneten die Aktienindizes kräftige Anstiege – und holen damit auch die herben Verluste aus dem Vormonat wieder auf.

Die süße Droge des billigen Geldes beflügelt die Märkte – zumindest vorerst. Die Aussage des Fed-Chefs Ben Bernanke über das mögliche Ende der expansiven Geldpolitik hatte die Märkte weltweit in Panik versetzt. Die Marktteilnehmer hatten den kalten Geldentzug so sehr gefürchtet, dass die Kurse an den großen Börsen im Juni weltweit nach unten getrudelt sind. Da blieb dem Fed-Chef nichts anders übrig, als ein weiteres Mal zu den Märkten zu sprechen und seine vorherigen Aussagen zu relativieren. Der Geldentzug soll nun doch langsamer vonstatten gehen. Die US-amerikanische Notenbank verabschiedet sich daher von einem klaren Zeitplan, was die Drosselung der Anleihekäufe angeht – zumindest vorerst. An den Märkten kamen die Worte gut an; die Kurse stabilisierten sich wieder.

DAX macht Boden gut

Zu den Gewinnern zählt auch der heimische Leitindex, der im vergangenen Monat mit einem Plus von über 7 Prozent wieder ordentlich Boden gut machen konnte. Seit seinem jüngsten Tief am 8. Juli von rund 7.800 Punkten hat er also innerhalb kurzer Zeit einen gewaltigen Sprung nach oben gemacht; aktuell notiert der DAX bei knapp 8.400 Zählern. Zwar immer noch etwas entfernt von seinem Allzeit-Hoch von 8.500 Punkten im Mai, aber dennoch wieder auf einem guten Weg. Auch seine beiden kleinen Brüder MDAX und SDAX haben mit rund 7 Prozent beziehungsweise 4 Prozent kräftig zugelegt.

Nicht nur zwischen Kiel und Konstanz erholten sich die Kurse, sondern europaweit. So kletterten sowohl der EuroStoxx 50 als auch der österreichische ATX um fast 8 Prozent. Und auch

auf der anderen Seite des Atlantiks zeigen die Börsen erfreuliche Zuwächse. Der Dow Jones konnte 5 Prozent, der S&P 500 fast 6 Prozent zulegen.

Abenomics treiben Nikkei 225

Der japanische Nikkei 225 verzeichnete im Juli ebenfalls kräftige Zuwächse, allerdings geriet der Index Ende Juli unter Druck. Zu schaffen machte dem Aktienmarktbarometer wohl vor allem der zuletzt recht robuste Yen, der sowohl zum Dollar als auch zum Euro aufgewertet hat.

Recht stabil präsentierte sich zuletzt auch der Euro, der zum Dollar auf Monatsicht fast 3 Prozent Boden gut machen konnte. Möglicher Grund: Anleger befürchten, dass Fed-Chef Ben Bernanke aufgrund der guten US-Konjunkturdaten noch im laufenden Jahr langsam aber sicher den Geldhahn schließen wird, US-Anleihen daher unter Druck geraten und damit einhergehend auch der Dollar Federn lassen könnte.

Gold holt wieder auf

Das Gros der Rohstoffnotierungen kannte im Monatsverlauf ebenfalls nur eine Richtung: aufwärts. So stieg etwa der Kupferkurs um gut 3 und Öl der Sorte Brent um fast 4 Prozent. Beflügelt haben dürften den Ölpreise wohl vor allem die zuletzt gestiegenen geopolitischen Risiken im Nahen Osten; schließlich ist die Angebotssituation derzeit alles andere als angespannt. Auch die in der Vergangenheit unter die Räder gekommenen Edelmetalle Gold und Silber sind in den letzten vier Wochen wieder etwas teurer geworden. Eine Feinunze Gold konnte über 5 Prozent zulegen und kostet aktuell rund 1.300 US-Dollar. Mit dem Silberpreis ging es derweil um gut 3 Prozent aufwärts, womit der Preis pro Feinunze nun bei knapp 20 US-Dollar liegt. Um die schmerzhaften Verluste aus dem letzten halben Jahr wieder wett zu machen, haben beide Edelmetalle allerdings noch einen weiten Weg vor sich. Vor sechs Monaten lag der Goldpreis noch bei etwa 1.650 US-Dollar, der Wert des Silbers pro Feinunze bei rund 31 US-Dollar.

1947 gegründet

1 Zentrale und 8 Landesverbände

Mehr als 25 000 Mitglieder

Dachverband der 7000 deutschen Investmentclubs

52-mal pro Jahr kostenlos das Wirtschaftsmagazin FOCUS-MONEY

Über 100 Seminare p. a. speziell für Anleger

Interessenvertretung auf über 650 Hauptversammlungen

Griechenland-Arbeitsgemeinschaft

Unabhängige und interessenfreie Informationen über Ihre Anlagen

Analyse und kritische Bewertung der Management-Aktivitäten

Kostenlose außergerichtliche Erstberatung der DSW-Mitglieder



Werden Sie Mitglied der DSW!



Nutzen Sie die Kompetenz von FOCUS-MONEY

Sie wollen detaillierte Hintergrundinformationen und seriöse Anlagetipps? DSW-Mitglieder erhalten FOCUS-MONEY, Deutschlands modernes Wirtschaftsmagazin, im kostenlosen Abonnement wöchentlich frei Haus.

DSW
Die Anlegerschützer

Deutsche Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz e. V.

JA! Ich möchte DSW-Mitglied werden

Name, Vorname _____

Straße, Nr. _____ PLZ, Ort _____

Datum, Unterschrift _____

Den Jahresbeitrag in Höhe von € 95,00 zahle ich per Rechnung bequem durch Bankeinzug

Bank _____

Kontonummer _____ BLZ _____ FM 40/2012

Coupon bitte vollständig ausfüllen und unterschreiben.
Per Post senden an:

DSW – Deutsche Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz e. V.
Postfach 350163
40443 Düsseldorf
Telefon: 02 11/66 97 01 oder 02 11/66 97 22
Telefax: 02 11/66 97 60

Internet: www.dsw-info.de
E-Mail: dsw@dsw-info.de

ab sofort große DSW-Aktion

Jetzt
DSW-Mitglied werden
inklusive **FOCUS-MONEY**
erst ab 2014 zahlen